

INTERNATIONALE KONFERENZ NETZWERK BÜRGERHAUSHALT

26. und 27. November 2018
in Berlin



Gefördert von



mit ihrer



Mit Mitteln des



In Kooperation mit



Dokumentation

03	Einleitung
04	1. Eröffnung
05	2. Eine internationale Diskussion zu Demokratie und Bürgerhaushalten
09	3. Internationale Portraits
	3.1. <i>Deutschland – aktive Bürgerschaft und Bürgerhaushalte</i>
	3.2. <i>Brasilien – Herkunft des Bürgerhaushaltes</i>
10	3.3. <i>Tunesien – nach dem Arabischen Frühling</i>
12	3.4. <i>Dominikanische Republik – die Bedeutung politischer Bildung</i>
	3.5. <i>Ukraine – ein Bürgerhaushalt im ländlichen Raum</i>
14	4. Workshops
	4.1. <i>Bürgerbudget – der bessere Bürgerhaushalt? Ein deutsch-polnischer Vergleich</i>
15	4.2. <i>Demokratie und Beteiligung – ein Bruch zwischen Stadt und Land?</i>
16	4.3. <i>Was wollt Ihr diskutieren? Jugendbeteiligung auf dem Land neu gedacht</i>
17	4.4. <i>Politik in die Pflicht! Wie durch den Druck der Zivilgesellschaft politische Verbindlichkeit erzeugt werden kann</i>
20	4.5. <i>Berlin trifft Paris – Zwei Riesen im Gespräch über den Bürgerhaushalt</i>
21	4.6. <i>Was können andere Beteiligungsformen vom Bürgerhaushalt lernen?</i>
23	4.7. <i>Connective Cities</i>
24	4.8. <i>Fragen und Antworten aus dem Netzwerk Bürgerhaushalt</i>
25	5. Bilanz und Ausblick
26	Anhang Programm

Einleitung

Am 26. und 27. November 2018 war es wieder soweit! Das Netzwerk Bürgerhaushalt, vertreten durch die Kooperationspartner Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), lud zum diesjährigen Netzwerktreffen ein. Dieses Mal stand die Konferenz ganz im Zeichen eines internationalen fachlichen Austauschs. Gäste aus über 20 Nationen kamen in Berlin zusammen, und so ging es an zwei Tagen mit geballter Expertise um die Frage, wie es um die Bürgerhaushaltsbewegung aktuell bestellt ist.

In interaktiven Workshops, auf dem Podium und anhand anregender Beispiele aus der nationalen und internationalen Praxis nahmen die Teilnehmenden eine Bestandsaufnahme vor und diskutierten darüber, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Bürgerhaushalte und Bürgerbudgets als Instrumente der Bürgerbeteiligung gelingen. Dabei wurde auch die Frage nicht ausgespart, warum und woran Beteiligungsverfahren scheitern können. Ein weiterer Fokus lag auf der Zukunft von ländlichen Räumen. Welche Unterschiede lassen sich unter den Aspekten Aktivierung und Bürgerbeteiligung zwischen ländlichen Regionen und städtischen Ballungsgebieten feststellen?



1. Eröffnung



„WIR MÜSSEN
UNS FRAGEN, WAS
WIR TUN KÖNNEN
UND DESWEGEN
IST ES WICHTIG,
NEUE IDEEN
AUSZUPROBIEREN.“

SAWSAN CHEBLI, BERLINER STAATSEKRETÄRIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND INTERNATIONALES

Sawsan Chebli eröffnete ihr Grußwort mit der Frage, **wie sich Demokratie mit Leben füllen und auch verteidigen lässt**. Vielerorts ließe sich heute spüren, dass Fliehkräfte nicht nur an den Rändern, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft wirken. Es bestehe ein spürbarer Vertrauensverlust gegenüber Politik und Institutionen. „Wir müssen uns fragen, was wir tun können und deswegen ist es wichtig, neue Ideen auszuprobieren. Experimente sind gefragt und ich bin froh, dass Sie sich hier gemeinsam auf den Weg machen“, stellte sie heraus.

Früher habe sie gedacht, dass „zu viel“ Bürgerbeteiligung politische Prozesse hemmen könnte, räumte sie ein. „Doch inzwischen denke ich, dass an vielen Stellen mehr Beteiligung gefragt ist, um das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen“, fuhr sie fort. **„Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, Menschen in demokratische Strukturen einzubinden, damit niemand mehr sagen kann, dass ‚die da oben‘ alles alleine entscheiden. Es braucht ein stärkeres Wir-Gefühl. Dann kann viel gelingen.“** Doch wie lassen sich die verschiedenen Zielgruppen erreichen, Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete oder Menschen ohne Beteiligungserfahrung? Diese Konferenz biete die Möglichkeit, Antworten auf solche Fragen zu finden.

„In Berlin existieren mehrere Bürgerhaushaltsverfahren auf Bezirksebene, darunter beispielsweise in Berlin-Lichtenberg oder Marzahn-Hellersdorf“, berichtete Chebli. Berlin diskutiere sogar über eine mögliche Umsetzung auf Landesebene – eine große Herausforderung¹. **„Eine der größten Fragen, die wir haben ist, wie sich Beteiligungsverfahren so entwickeln und umsetzen lassen, dass sie einerseits die Menschen wirklich erreichen und ansprechen, andererseits keine Illusionen wecken, sondern realistische Erwartungen ermöglichen. Wie gelingt es, Vertrauen in demokratische Institutionen zurückzugewinnen und den Bürgerinnen und Bürger das Gefühl zu vermitteln, dass ihr Engagement etwas bewirkt?“** Mit diesen Fragen übergab sie das Mikrofon an die Moderation, doch vorher ermunterte sie die Teilnehmenden noch dazu, auch über den Tellerrand zu blicken und über Dinge zu sprechen, die zunächst wenig realistisch zu sein scheinen.

¹Zum Berliner Bürgerhaushalt fand einen Tag nach der Konferenz eine eigene Veranstaltung statt.

2. Eine internationale Diskussion zu Demokratie und Bürgerhaushalten



Das Konzept der Konferenz sah vor, dass anstelle der üblichen Vorträge ausschließlich interaktive Formate stattfinden sollten. Zu Beginn versammelten sich alle Referentinnen und Referenten auf dem Podium, um über zentrale Fragen von Bürgerbeteiligung und Demokratie zu diskutieren. Kira Belghuith, Kamel Louhichi, Norbert Kersting, Rafael Toribio, Clóvis Zimmermann, Konrad Hummel und Andrii Portny ließen sich sowohl am ersten als auch am zweiten Tag auf einen internationalen Gedankenaustausch ein. Die Diskussion wurde durch Leitfragen strukturiert.

Wie lassen sich schwer erreichbare Gruppen in Beteiligungsprozesse einbinden, z. B. Jugendliche? Was ist wichtig, damit Menschen sich zur Teilnahme ermutigt fühlen?

Im Gouvernment Ben Arous (Tunesien) gestaltete sich die Teilnahme nicht sehr repräsentativ, bedauerte **Kamel Louhichi**. „Die klassischen Kommunikationsmittel wie Aushänge oder Informationen über das Internet scheinen nicht effizient zu sein.“ Deshalb möchte die Stadt verstärkt junge Menschen aufsuchen; sie nähmen sehr wenig am öffentlichen Leben teil und zeigen wenig Interesse und Vertrauen. „Wir versuchen neue Wege, den direkten Kontakt zu finden und bieten zum Beispiel Veranstaltungen in Cafés an. Das reicht jedoch nicht aus, deswegen suchen stetig nach neuen Möglichkeiten und Chancen. Die Zivilgesellschaft kann hier vermittelnd unterstützen.“ **Kira Belghuith** ergänzte hierzu, dass das Gouvernment Ariana (Tunesien) den Weg über die Schulen gewählt habe. Auch die Eltern hätten entsprechende Informationen bekommen. Als Pilotprojekt gab es eine Art Parcours für sichere Straßenquerungen vom Rathaus bis zur Schule. Zudem hat sich ein Jugend-Parlament gegründet, um die Jugendlichen für Politik und Demokratie zu sensibilisieren.

Laut Umfragen läge das Interesse der Bevölkerung von Sosnitsya (Ukraine), sich aktiv zu beteiligen, bei 15 Prozent, berichtet **Andrii Portny** (Bürgermeister). Das sei für sein Empfinden sehr wenig. „Das liegt unter anderem daran, dass sich das ‚Mindset‘ der Menschen erst verändern muss“, erklärte er. „Politische Gestaltungsmöglichkeiten wurden ihnen (in der Zeit der Sowjetunion) lange aus der Hand genommen. Sie müssen erst realisieren, welche Möglichkeiten der Mitgestaltung sie heute haben.“ So ließe sich eine entsprechende Entwicklung beim Bürgerhaushalt beobachten, bei welchem ein Prozent des kommunalen Budgets für Vorschläge aus der Bürgerschaft zur Verfügung stehen: Im ersten Jahr wurden 13 Projekte eingereicht, im zweiten Jahr waren es schon mehr als 20. „Wichtig ist hier die begleitende Kampagnenarbeit, damit die Bürgerinnen und Bürger verstehen, welche Rechte sie haben, um sie dann auch einfordern zu können. Der Bürgerhaushalt unterstützt diese Prozesse,“ hob Portny hervor.

Konrad Hummel (Mannheim) legte den Fokus auf die Verknüpfung von Bürgerbeteiligung mit dem Alltagsleben: „Meiner Meinung nach spielt das Alltägliche, Klassenübergreifende eine wichtige Rolle – **über Essen, Sport, Begegnung oder Musik kommen die Menschen zusammen. Die Bevölkerung zu belehren oder ihr etwas zu erklären, ist weniger effektiv als authentische Teilhabe.**“



Wie steht es derzeit um die Demokratie? Können partizipative Elemente wie Bürgerhaushalte die repräsentative Demokratie stärken oder gegebenenfalls sogar schwächen?

In Ben Arous gebe es diese Diskussion auch, bestätigte **Kamel Louhichi**. „Einige Abgeordnete sind der Meinung, dass sie ein legitimes Mandat haben und dass Bürgerbeteiligung daher verzichtbar sei. Doch nicht alle gehen zur Wahl, und nicht alle haben die gleichen Abgeordneten gewählt. Es muss also ergänzende Elemente geben, um das Vertrauen zwischen Bürgerschaft und Verwaltung bzw. Politik herzustellen und damit auch die repräsentative Demokratie zu stärken.“ Ähnlich sieht es **Rafael Toribio** (Dominikanische Republik). Wahlen alleine seien kein Garant für Demokratie. Es sei von großer Bedeutung, dass partizipative Elemente wie Bürgerhaushalte die repräsentative Demokratie ergänzen. **„So kann sich die Zivilgesellschaft einbringen und ihre Impulse sowohl im politischen Entscheidungsfindungsprozess als auch im Rahmen ihrer Kontrollfunktion einfließen lassen.“** Die Zivilgesellschaft sollte als wichtiger Akteur und Partner anerkannt werden. Zudem sei es wichtig, die Anliegen der Bevölkerung wirklich zu identifizieren; dann würde sich auch die Zivilgesellschaft von alleine mobilisieren. „Das sind bei uns beispielsweise Themen wie Straffreiheit oder Korruption, denn das betrifft uns alle!“

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum ergänzte kritisch, dass es kein einfaches ‚Ja‘ zu Bürgerhaushalten geben könne. „Die Mittel werden immer knapper und werden dann **von Gruppen genutzt, die sowieso schon leichten Zugang zu Ressourcen haben und sich im eigenen Interesse engagieren** – jedoch weniger für das Gemeinwohl. Deshalb kommt es sehr auf die jeweilige Gestaltung des Verfahrens an.“

Welche gesellschaftspolitischen Entwicklungen lassen Zweifel bzw. Sorgen aufkommen?

Rafael Toribio äußerte seine Sorgen folgendermaßen: „Sowohl in Lateinamerika als auch in Europa erleben wir, dass die Demokratie nicht immer gute Lösungen für die aktuellen Herausforderungen hervorbringt. Dadurch bilden sich neue Kanäle und die Demokratie scheint nicht schlagkräftig genug zu sein, um links- oder rechtspopulistische Tendenzen einzudämmen.“ Gleichzeitig ließe sich beispielsweise in Argentinien oder Brasilien beobachten, dass trotz positiver Entwicklungen konservative Kräfte erstarren, die aber auch keine bessere Lösungen anböten. Ähnlich sei es in Europa: „Europa ist für uns ein wichtiger Referenzpunkt für Gemeinwohl, Wohlstand, Menschenrechte und Grundfreiheiten. Dennoch beobachten wir, dass dort derzeit einige Grundwerte in Frage gestellt werden, die wir Lateinamerika bisher noch gar nicht realisieren konnten.“

Auch **Norbert Kersting** (Universität Münster) ergänzte, dass er die Demokratie in Gefahr sehe. „Es gab zwar einige Demokratisierungsprozesse wie z. B. in den Maghreb-Staaten, doch global liefert die Demokratie nicht immer die besten Ergebnisse. Was sind die Alternativen? Moderner Autoritarismus wie in Singapur oder China?“ Kersting plädierte dafür, die demokratischen Institutionen und Errungenschaften zu bewahren und mehr in partizipative Elemente zu investieren. „Die Zukunft liegt in dialogischen Verfahren, die sich in den letzten Jahren besonders bei Protestsituationen bewährt haben.“



„DIE ZUKUNFT LIEGT
IN DIALOGISCHEN
VERFAHREN,
DIE SICH IN DEN
LETZTEN JAHREN
BESONDERS
BEI PROTEST-
SITUATIONEN
BEWÄHRT HABEN.“



„JE REICHER EINE
GESELLSCHAFT
IST, DESTO HÖHER
SIND AUCH DIE
ANSPRÜCHE,
KOMPLEXE THEMEN
UND SYSTEME
BEEINFLUSSEN ZU
WOLLEN.“

Konrad Hummel wies darauf hin, dass Deutschland vor einer paradoxen Herausforderung stünde: „Je reicher eine Gesellschaft ist, desto höher sind auch die Ansprüche, komplexe Themen und Systeme beeinflussen zu wollen. **Auch der Rechtspopulismus erstarkt vor dem Hintergrund eines Ohnmachtsgefühls und der Annahme, dass komplexe Herausforderungen mit einfachen Lösungen überwunden werden könnten.**“ Deshalb dürften Bürgerhaushalte nicht den Eindruck erwecken, dass sie die großen Fragen lösen könnten. „Dies erfordert, dass wir sie bescheiden formulieren und es mehr um Transparenz als um Macht geht. Bürgerhaushalte können ungleich verteilte Finanzen sichtbar machen – wenn zum Beispiel ein Staatstheater zwei Millionen Euro bekommt und eine Kulturinitiative 50.000 Euro.“

In Brasilien wurde vor kurzem trotz der insgesamt positiven sozialen Entwicklung ein Präsident gewählt, der die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten in Frage stellt. Deshalb beschäftigt Clóvis Zimmermann (Universität Bahia in Salvador, Brasilien) derzeit das **Verhältnis von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie**. Sind die demokratischen Institutionen so stark, dass sie diesen Entwicklungen standhalten können? Wie können sie gestärkt werden? Darüber hinaus stellte Zimmermann die Frage, wie die lokale Ebene mit der nationalen Ebene zusammengedacht werden kann. „**Nur die lokale Ebene wird für komplexe Fragen in einer globalisierten Welt nicht ausreichen.**“

Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch **Konrad Hummel**. Er wies darauf hin, dass es in den meisten europäischen Städten Stadtteile oder Gebiete gebe, in denen sich viele Probleme konzentrierten; dies seien oft globale Konflikte, Diskussionen oder Auseinandersetzungen, die plötzlich aufbrechen können. Doch wie können Städte darauf reagieren? Seine Antwort war folgende: „Die nationale und europäische Politik sollte den Städten stärkere Unterstützung bieten, da Zuständigkeiten für Polizei, Jugendrecht oder Bildung nicht zu den Kompetenzen der Kommune gehört. **Die verschiedenen Politikebenen sollten stärker zusammenspielen, um urbanen Herausforderungen zu begegnen. Das ist eine zentrale Frage der Demokratie!**“

Demokratische Hoffnung statt Defätismus?

Trotz der beschriebenen Probleme fokussierte sich Rafael Toribio schließlich auf die Erfolge und untermauerte seinen Glauben an die Demokratie: „Ich gebe nie die Hoffnung auf. Wir haben die Zivilgesellschaft mobilisiert und im Bildungsbereich, in der Korruptionsbekämpfung und im Umweltschutz Erfolge erzielt. **Die Zivilgesellschaft kann viele Themen und Entwicklungen in das politische System hineinragen und damit für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung förderlich sein. Es ist viel möglich, es können Wechselwirkungen mit den politischen Parteien hergestellt werden, und wir können was erreichen!**“ Nichtsdestotrotz pochte er bei seinem Ausblick darauf, dass der Bürgerhaushalt größere Anstrengungen von den Kommunen verlange und auch in der Dominikanischen Republik noch vertieft werden müsse. So sollte sich die Beteiligung beispielsweise nicht nur in der Planungsphase, sondern auch bei der Umsetzung und Überwachung ausweiten – im Sinne einer Kontrollfunktion.

²Siehe dazu auch den Mannheimer Appell:

<https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2018/06/newsletter-12-hummel.pdf>

Wie lassen sich Bürgerhaushalte verstetigen bzw. institutionalisieren?

Am Schluss drehte sich die Diskussion um die **Verstetigung von Bürgerhaushalten**. Andrii Portny sagte in diesem Zusammenhang, dass in Sosnitsya Bemühungen bestünden, den Bürgerhaushalt **rechtlich zu verankern**, damit die Bestrebungen bei einem Wechsel der politischen Mehrheiten nicht im Sande verlaufen. Sowohl in der Dominikanischen Republik als auch in Tunesien bestehen bereits gesetzliche Grundlagen. Darüber hinaus hob **Rafael Toribio** hervor, dass **Demokratie einen langen Atem und Beharrlichkeit** benötige: „Damit meine ich, dass Sicherheit und Vertrauen wichtige Elemente sind, um die Kraft aufbringen zu können, weiter daran zu arbeiten, seine Anliegen zu verteidigen und zu vertreten. **Demokratie ist sehr arbeitsintensiv!**“ Es gehört dazu, Übereinkünfte zu finden, Überzeugungsarbeit zu leisten, Akzeptanz für Argumente zu schaffen, ohne anderen dabei etwas überzustülpen. Das Sprichwort ‚Alleine ist man schnell, doch gemeinsam kommt man weiter‘ rechtfertigt alle Anstrengungen. **„Wir sollten die Illusion verlieren, dass etwas einfach sei, und gleichzeitig die Hoffnung behalten, dass sich immer neue Wege finden werden.** Jungen Menschen pflege ich zu sagen, dass andere über ihre Gegenwart und Zukunft entscheiden, wenn sie sich nicht beteiligen. Sie – und auch wir – haben es selbst in der Hand.“



3. Internationale Portraits



Die Konferenz wurde begleitet von einigen Interviews auf dem Podium, bei denen die Referentinnen und Referenten von aktuellen Entwicklungen in ihren lokalen Kontexten berichteten. Auf diese Weise fand eine internationale Bestandsaufnahme zur aktiven Bürgerschaft und Bürgerhaushalten statt. Besonders relevant war dabei die Frage, wie Bürgerhaushalte jeweils entstanden sind, welche Rolle die Zivilgesellschaft dabei gespielt hat und wie die Ansätze institutionalisiert wurden. Wie sehen die Erfahrungen in verschiedenen Ländern aus? Einige Einblicke bieten die folgenden Länderportraits.

3.1. Deutschland – aktive Bürgerschaft und Bürger- haushalte

EINE BESTANDSAUFNAHME MIT NORBERT KERSTING, UNIVERSITÄT MÜNSTER, UND KONRAD HUMMEL, GESCHÄFTSFÜHRER DER MANNHEIMER WOHN- UND STADTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MWSP

Norbert Kersting unterschied zwei Bereiche der Partizipation: Zum einen die politische Entscheidungsfindung (Planungsbeteiligung, Kontrolle der Politik) und zum anderen die soziale Innovation bzw. bürgerschaftliches Engagement. **In den 90er-Jahren habe Deutschland einen Beteiligungsaufschwung mit neuen Instrumenten auf kommunaler Ebene erlebt**, z. B. durch Kinder- und Jugendparlamente, Migrationsräte, deliberative Verfahren, Planungszellen, Runde Tische usw. Mitte der 2000er-Jahre kamen dann die Bürgerhaushalte auf, mit einer anfänglich sehr positiven Entwicklung. Sie folgten dem allgemeinen Beteiligungstrend und fanden sogar Akzeptanz seitens der Politik. **„Doch viele der Ansätze ähneln heute eher einem elektronischem Vorschlagswesen“**, kritisierte Kersting die aktuelle Lage. „Oft wird kein Budget für die Prioritäten der Bevölkerung reserviert, und manchmal handelt es sich um einen wenig attraktiven Sparhaushalt, bei welchem die Bürgerinnen und Bürger über Kürzungen mitreden dürfen. Die Bürgerversammlungen werden immer weniger. **So läuft die Idee leider oft ins Leere.**“ Als Beispiel nannte Kersting die Gemeinde Großbrettenbrach in Thüringen, wo der Bürgerhaushalt mit dem Feuerwehrfest kombiniert wird. Zuletzt wies Kersting auf den deutschlandweiten Trend von **Bürgerbudgets** hin; unklar sei jedoch, wie groß so ein Budget maximal sein könne.

Konrad Hummel sah für Deutschland die Gefahr, dass **Demokratie mit Wohlstand und wirtschaftlichem Erfolg gleichgesetzt** werde. „Das war die typische Lernerfahrung einer Nachkriegsdemokratie. Doch Deutschland steht nun vor der **Herausforderung, aus den ersten Ernüchterungen zu lernen.**“ In den letzten Jahren seien reihenweise Großprojekte durch Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliche Auseinandersetzungen gestoppt worden. Das Vertrauen in die Politik sei stark geschwächt. Für ihn bestehe die Frage, wie sich Bürgerbeteiligung für die Zukunftsgestaltung einsetzen lässt und wie alle Bevölkerungsgruppen dabei involviert werden können.

3.2. Brasilien – Herkunft des Bürgerhaushaltes

EINBLICKE VON CLÓVIS ZIMMERMANN, UNIVERSITÄT BAHIA IN SALVADOR, BRASILIEN

Die Reise ging weiter nach Brasilien, wo der Bürgerhaushalt ursprünglich entstand. **Clóvis Zimmermann** berichtete über die Bedeutung der Bürgergesellschaft in Brasilien und den Bürgerhaushalt von Porto Alegre. **Der erste Bürgerhaushalt kam damals aufgrund des Engagements der Zivilgesellschaft zustande.** Im Zuge der Militärdiktatur in den 60er- und 70er-Jahren wurden Zivilgesellschaft und Partizipation weitgehend unterdrückt. Mit der Demokratisierung in den 80er-Jahren griff die damals neu gewählte Arbeiterpartei (PT) in Porto Alegre den Wunsch nach politischer Teilhabe auf und setzte sich auch für mehr Transparenz und Korruptionsbekämpfung ein. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre schrieb weltweit Erfolgsgeschichte und fand auch in Brasilien mehr als 40 Nachahmer. **„Allerdings konnte sich der Versuch, einen Bürgerhaushalt auf der regionalen Ebene einzuführen, langfristig nicht durchsetzen“**, bedauerte Zimmermann. Auch auf lokaler Ebene scheint die Entwicklung in den letzten Jahren zu stocken. Manche meinen sogar, dass der Bürgerhaushalt von Porto Alegre kurz vor der Einstellung stehe – er wurde trotz des Erfolgs nie gesetzlich institutionalisiert. „Doch es handelt sich eher um eine Verschiebung der Themenbereiche“, stellte Clóvis Zimmermann klar. „Nach den dringenden Themen wie Abwasser, Straßenpflasterung etc. geht es nun um Sanierung von Schulen, Gesundheit und längerfristige Angelegenheiten. Deshalb finden die Versammlungen nicht mehr jährlich, sondern nur noch alle zwei Jahre statt.“ Dies ist auch die Botschaft, die er vermitteln wollte: **„Beteiligungsverfahren sollten immer an lokale Bedingungen angepasst werden. Die Strukturen sind überall unterschiedlich. Daraus ergeben sich verschiedene Formen und Erfahrungen, von denen keine besser oder schlechter ist, sondern die einfach dem lokalen Kontext entspringen.“**



3.3. Tunesien – nach dem Arabischen Frühling

IM GESPRÄCH MIT KIRA BELGHUITH UND KAMEL LOUHICHI, VERANTWORTLICHE FÜR BÜRGERBETEILIGUNG DER GOUVERNEMENTS ARIANA UND BEN AROUS AUS TUNESIEN

Die beiden Gouvernements Ariana und Ben Arous in Tunesien befinden sich im Großraum der Hauptstadt Tunis und haben jeweils knapp über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Ariana ist eine historisch gewachsene Stadt, während Ben Arous eine junge, industriell geprägte Stadt darstellt. **Kamel Louhichi und Kira**



³Zu der Dialoggruppe gehörten die Gewerkschaft UGTT, der Verband von Industrie, Handel und Handwerk (UTICA), die Liga für Menschenrechte (LTDH) und der Nationale Anwaltsverein.



„DIE BÜRGERINNEN
UND BÜRGER SIND
DIE HAUPTAKTEURE,
DIE POLITIK UND
VERWALTUNG SIND
NUR BEOBACHTER.“

Belghuith sprachen über die allgemeine Situation der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit dem ‚Arabischen Frühling‘ und den neu entstandenen Bürgerhaushalten. **„Tunesien hatte schon vor der Revolution eine sehr aktive Zivilgesellschaft.“** Sie hat eine wichtige Rolle gespielt, um die demokratischen Transformationsphase zu bewältigen – dafür hat die sogenannte Dialoggruppe sogar den Friedensnobelpreis bekommen. Die Aktivität der zivilgesellschaftlichen Akteure hat einen Bürgerkrieg in Tunesien verhindert“, erklärt Kamel Louhichi. „Nach der Revolution haben wir festgestellt, dass die Menschen den Kommunen mit viel Misstrauen und Unzufriedenheit begegneten; sie waren die erste Anlaufstelle für die Bevölkerung und wurden dadurch zur Zielscheibe. Es handelte sich um einen richtigen Bruch.“

Seit 2014 habe die Zivilgesellschaft in Tunesien eine neue Bedeutung bekommen. **Weg und Ziel sei es, zwischen Kommune und Bürgerschaft eine Partnerschaft einzugehen.** Da nach wie vor viel Misstrauen bestehe, sei es eine große Herausforderung für Verwaltung und Politik, vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. **„Wir wollen die lokale Demokratie stärken, indem wir das Misstrauen bekämpfen und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger zu Hauptakteuren der Kommune werden.“** Sie sollen einen Beitrag leisten können, wenn es um Entscheidungen geht“, bekräftigte Kira Belghuith. So tagten die kommunalen Ausschüsse nun öffentlich, und die Gemeinderäte würden Entscheidungen unter Mitsprache der Zivilgesellschaft fällen.

Der Bürgerhaushalt sei ein weiterer Baustein auf diesem Weg. **Bürgerhaushalte würden in Tunesien erstmals im Jahr 2014/15 mit Verabschiedung der neuen Verfassung in acht Kommunen eingeführt.**

In der Verfassung gebe es einen Artikel, der sich direkt auf die Gewährleistung von Partizipation, Teilhabe und Demokratie in den Kommunen beziehe. Die nationale Ebene stelle nun mehr Mittel für die Kommunen zur Verfügung, u. a. für partizipative Investitionsprojekte. **Die Stadt Ben Arous habe eigens einen Rat gegründet, um partizipative Ansätze zu stärken und den Bürgerhaushalt ‚von oben‘ einzuführen.**

Es stehe ein bestimmter Betrag zur Verfügung, über den die Bürgerinnen und Bürger diskutieren und entscheiden könnten, z. B. für Investitionsprojekte bei Straßen, Gehwegen, Grünflächen etc. Zudem habe es eine partizipative Bestandsaufnahme zur aktuellen Infrastruktur gegeben. In Foren könne über die Projekte entschieden werden. **Kira Belghuith** unterstrich, dass diese Foren ein besonderes Momentum seien. „Die Bürgerinnen und Bürger sind die Hauptakteure, die Politik und Verwaltung sind nur Beobachter.“ Nachdem der Gemeinderat den Haushalt verabschiedet hat, gehe es an die Umsetzung, welche von Quartiersräten begleitet werde. Jedoch gebe es manchmal praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Vorschläge, da die Planungs- und Ingenieurbüros keine Kapazitäten mehr frei hätten. „Wir konnten unser Versprechen nicht halten und müssen uns mit dem Thema Rechenschaft beschäftigen. Zudem bräuchten wir von der nationalen Ebene längerfristige Planungsmöglichkeiten und eine flexiblere Handhabung; derzeit wird das Budget jährlich festgelegt und das bereitet uns Schwierigkeiten.“

Das Gespräch verdeutlichte, dass es in Tunesien um ein **neues Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Politik bzw. Verwaltung geht.** Kira Belghuith betonte: „Die Bürgerinnen und Bürger sind wirkliche Partner in den Gemeinden. Die Beteiligung verbessert die Situation in der Kommune; die Kommune profitiert also davon. **Der Bürgerhaushalt ist eine tolle Möglichkeit, Demokratie wirklich zu praktizieren, auch wenn jedes Modell natürlich seine Grenzen hat.** Die Bürgerschaft findet sich in den Vorhaben wieder.“ Zum Schluss betonte sie, dass es wichtig sei, die unterschiedlichen Ansätze kennenzulernen, um auch das eigene Verfahren besser einordnen zu können.





„MENSCHEN
TRETEN HIER IN
EINEN DIALOG
MITEINANDER,
DIE SICH VORHER
ALS FEINDE
BEZEICHNET
HATTEN.“

EIN INTERVIEW MIT RAFAEL TORIBIO, UNIVERSITÄT INTEC SANTO DOMINGO, DOMINIKANISCHE REPUBLIK

In der Dominikanischen Republik, so Rafael Toribio, gebe es eigens Schulungen für die Zivilgesellschaft, aber auch für politische Akteure zu Themen wie Partizipation, Engagement und Bürgerhaushalten. Toribio ist Professor an der Universität INTEC von Santo Domingo und treibt dort ein Bildungszentrum für zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure voran. Die Universität trage damit zur Weiterentwicklung des Landes

bei. Das beziehe sich auf berufliche, aber auch auf die politische Bildung. Das Zentrum biete Weiterbildungskurse an, z. B. zu Kommunalentwicklung und Demokratie, um die Bemühungen auf lokaler Ebene zu unterstützen. Hier werde auch über bürgerschaftliche Rechte und Pflichten gesprochen. Toribio betonte: **„Wenn wir die Teilhabe der Zivilgesellschaft stärken wollen, dann müssen wir das Interesse der Menschen an politischen Themen wecken. Aus- und Weiterbildung ist hier die zentrale Komponente.** Wir bieten Kurse zu Führungskompetenzen oder auch zu Bürgerhaushalten an, damit die Zivilgesellschaft auch in Erscheinung treten und gehört werden kann.“

Ein anderer Schwerpunkt liege auf der Arbeit mit politischen Parteien. Bis heute sei deren Sphäre von der Sphäre der Zivilgesellschaft stark abgegrenzt; **die politischen Parteien würden den Standpunkt vertreten, dass sie das Monopol auf politische Teilhabe halten.** Regieren und Führen sei ihr Mandat. Deshalb sei es wichtig, sie davon zu überzeugen, dass **eine starke Zivilgesellschaft die politischen Kräfte nicht schwächt, sondern stärkt.** Im Trainingsprogramm für junge Politikerinnen und Politiker an der Universität gehe es somit auch nicht um den Austausch von Ideologien. Stattdessen sollen sich die politischen Akteure beispielsweise in die Rolle eines Bürgers bzw. einer Bürgerin versetzen. „Menschen treten hier in einen Dialog miteinander, die sich vorher als ‚Feinde‘ bezeichnet hatten“, hebt Toribio hervor. „Heute halten viele der ehemaligen Teilnehmenden wichtige Posten in der lokalen Politik und Verwaltung inne und pflegen freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Kurs-Teilnehmenden, auch wenn sie einer anderen Partei angehören.“

In der Dominikanischen Republik seien Bürgerhaushalte schon über zehn Jahre gesetzlich institutionalisiert und in der Verfassung festgeschrieben. Dabei habe die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle gespielt: Nach 30 Jahren Diktatur, Militärregierungen, Revolten, Aufständen und Inflation war ab einem gewissen Punkt klar, dass sich etwas ändern musste. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und internationalen Akteuren seien Bildungsprogramme erarbeitet worden, um auf diese Weise in die Gesellschaft zu investieren. Im Jahr 1989 hätten sich einige **zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Bildungssektor mit einem kommunalen Investitionsplan für Bildung** beschäftigt, ihre Ansichten dort dargelegt und dadurch am **politischen Entscheidungsfindungsprozess mitgewirkt. Daraus sei später ein erster Bürgerhaushalt entstanden,** bei welchem zehn Prozent des Budgets zur Diskussion gestanden hätten. Andere Kommunen folgten dem Beispiel und bildeten damit die Grundlage für die heute gesetzlich vorgeschriebene, kommunale Praxis.





EIN GESPRÄCH MIT ANDRII PORTNY, BÜRGERMEISTER VON SOSNITSYA, UKRAINE

Vor fünf Jahren fand in der Ukraine die so genannte Maydan-Revolution statt. Seitdem ist viel passiert. Die Stadt Sosnitsya liegt 200 km von Kiew entfernt und 100 km von der Grenze zu Russland. Hier leben ca. 10.000 Menschen in verschiedenen Siedlungen. Nach dem Maydan fanden die ersten Lokalwahlen im Jahr 2015 statt. **Andrii Portny** ist dabei Bürgermeister geworden, nachdem er vorher bereits in der Zivilgesellschaft aktiv war. „Ich wollte etwas verändern. Mein Vorgänger hat 27 Jahre regiert, und es war Zeit für einen Umbruch. **Wir wollten das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Verwaltung und lokale Politik zurückgewinnen und den Dialog mit ihnen aktivieren, unter anderem durch Möglichkeiten der Teilhabe**“, blickt er zurück. Heute würden elektronische Petitionsmöglichkeiten, öffentliche Konsultationen, Informationsmöglichkeiten im Internet und auch ein Bürgerhaushalt existieren. Auf nationaler Ebene bestünden bislang keine gesetzlichen Regelungen für Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene. **Jedoch habe die Zivilgesellschaft ein großes Interesse und könne viel Expertise anbieten, was die initiierten Prozesse positiv vorantreibe.**

Abschließend blickte Portny in die Zukunft. Er habe noch viele Pläne, und gleichzeitig sehe er auch die Herausforderungen. **So beschäftige ihn die Frage der Dauerhaftigkeit der Reformen. Im Jahr 2020 sind die nächsten Lokalwahlen. Angesichts dieses Datum stelle er sich die Frage, ob der eingeschlagene Pfad bereits weit genug beschritten sei, um nicht bei einem Mehrheitswechsel revidiert zu werden.** Zudem wolle er die Teilnahmezahlen am Bürgerhaushalt gerne erhöhen.

4. Workshops

4.1. Bürgerbudget – der bessere Bürgerhaushalt? Ein deutsch-polnischer Vergleich

An beiden Tag der Konferenz fanden parallele Workshops statt. Die Themenspanne in der ersten Workshop-Phase reichte von einem deutsch-polnischen Vergleich über die Beteiligung in ländlichen Räumen und Jugendbeteiligung bis zur Rolle der Zivilgesellschaft. In der zweiten Workshop-Phase ging es um Bürgerhaushalte in Großstädten, eine Zukunftswerkstatt zur Beteiligung, Peer-to-Peer-Learning und eine Diskussion zur strategischen Neuausrichtung des Netzwerks Bürgerhaushalt.

DIALOG-WORKSHOP VON PAWEŁ KAROLEWSKI (WILLY BRANDT ZENTRUM / UNIWERSYTET WROCŁAWSKI) UND CARSTEN HERZBERG (NEXUS INSTITUT BERLIN)



Die Stadt Görlitz bezeichnet sich selbst als „Europastadt“. Sowohl der deutsche Teil der Stadt als auch der polnische Teil (Zgorzelec) arbeiten mit einem Bürgerhaushalt, weshalb der Workshop den deutsch-polnischen Vergleich zum Gegenstand hatte. „In Polen gibt es über 200 Bürgerhaushalte – eine Tatsache, die in Deutschland selten diskutiert wird, jedoch sicherlich zum Best Practice-Austausch dienen könnte“, so Workshop-Leiter Carsten Herzberg.

Paweł Karolewski erläuterte, dass der Bürgerhaushalt von Zgorzelec über ein Budget von umgerechnet 82.300 EUR verfüge. Zum Vergleich: In Görlitz sind es 60.000 EUR, die auf acht Beteiligungsräume im Stadtgebiet aufgeteilt sind. In Zgorzelec werden die Vorschläge nicht nach Stadtteil, sondern nach drei Altersgruppen sortiert. **„Der akademische Diskurs in Polen dreht sich oft um Frage, inwiefern Bürgerhaushalte demokratieverstärkend wirken oder ob andere Aspekte – unabhängig von Bürgerbeteiligung – eine größere Rolle spielen“**, so Karolewski.

Der Großteil der polnischen Bürgerhaushalte entstand im Zuge der Dezentralisierungsreformen 1998, welche auch im Kontext des 2004 stattfindenden EU-Beitritts gesehen werden müssen. Generell variiert das Volumen der Bürgerhaushalte (Beispiele: Lodz: 1%, Warschau: 0,2 %, Breslau: 0,1 % des gesamten Haushaltes). **Viele der polnischen Bürgerhaushalte wurden von oben eingesetzt, eher als Informationsangebot und ohne deliberative Prozesse oder Verbindlichkeit der Ergebnisse.** Sie entstanden weniger in der Absicht, Bürgerbeteiligung zu stärken, als vielmehr als Antwort auf den Wettstreit mit anderen Städten und aus Legitimationsdruck. Deshalb gebe es viele Pseudo-Bürgerhaushalte. Ein neues Gesetz soll dies ab 2019 ändern und die Ergebnisse verbindlicher machen. Zudem soll eine neue Terminologie eingeführt werden,



DIE ZAHL DER
ONLINE-
ABSTIMMUNGEN
STIEG 2018 IM
VERGLEICH ZUM
VORJAHR VON
300 AUF 4.000
STIMMEN

4.2. Demokratie und Betei-
ligung – ein Bruch zwischen
Stadt und Land?

indem eher von einem „Partizipationshaushalt“ als von einem „bürgerlichen Haushalt“ (polnisch: budżet obywatelski) gesprochen wird. Der partizipative Gedanke soll so deutlich gestärkt werden. Bislang ging es eher um Ausgabeneffizienz und -transparenz, nun soll die politische Teilhabe zentral werden.

Im anschließenden Gespräch mit einer Vertreterin aus der Verwaltung von Zgorzelec kam die Frage nach der Aktivierung der Bürgerschaft auf. **„Eine moderne und gute Öffentlichkeitsarbeit spielt eine große Rolle. Wir nutzen Websites, soziale Medien, Werbeplakate, Veranstaltungen auf den Straßen und in den Stadtvierteln“**, berichtete sie. Die Zahl der Online-Abstimmungen stieg 2018 im Vergleich zum Vorjahr von 300 auf 4.000 Stimmen.

In Görlitz bestehen seit 2003 Bemühungen, Bürgerbeteiligung und Demokratie zu stärken. So wurde eine stadtteilbezogene Beteiligung in acht Beteiligungsräumen etabliert. Alle zwei Jahre werden Bürgerräte (3-7 Personen) in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Das Budget pro Stadtteil entspricht der Einwohnerzahl (z. B. 800 Einwohner = 800 EUR). Jährlich werden Vorschläge gesammelt, die von der Verwaltung geprüft und anschließend von dem Bürgerrat beschlossen werden. Auf einem Online-Portal kann der Status der Projekte mitverfolgt werden. **Die Umsetzung von kleineren Projekten in der Nachbarschaft führt zu einer erhöhten Sichtbarkeit und stärkt gleichzeitig das Gemeinwesen.** Auch wenn viele Projekte umgesetzt werden, erlischt das Engagement der involvierten Personen oft schnell, wenn das eigene Ziel erreicht wurde. Ein anwesende Mitglied des Bürgerrats aus Görlitz thematisierte die **Rolle des Bürgerrats als Mittler zwischen Bürgerschaft und Verwaltung.** **„Die Rolle als Anlaufstelle für Stadtteilbeteiligungsprozesse ist sehr hilfreich und wird sichtlich angenommen.** Außerdem wollen wir im Auftreten gegenüber der Verwaltung mit Weiterbildungen professionalisieren.“

INFO-WORKSHOP VON FLORIAN GÖRNER (PROJEKTLEITER „DU HAST DEN HUT AUF“ / JUGENDBETEILIGUNG IM HOHEN FLÄMING) UND LARS CONRAD (WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER DES FORSCHUNGSPROGRAMMS DER ALICE SALOMON HOCHSCHULE BERLIN / „DEMOKRATIE-NÄHE UND -FERNE AM BEISPIEL VON MARZAHN-HELLERSDORF)

Der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist eher für sein schlechtes Image bekannt. Tatsächlich existieren dort soziale Probleme wie Armut (etwa über 40 Prozent Kinderarmut) und Arbeitslosigkeit. Bei den letzten Wahlen gab es einen relativ starken Rechtsruck. Lars Conrad arbeitet an einem Forschungsprojekt zu Demokratie-Nähe und -Ferne in diesem Bezirk. Studienergebnisse zeigen, dass wenig Beteiligungs-Impulse von der Bevölkerung selbst kommen. Auch wenn die meisten Bewohnerinnen und Bewohner die Demokratie als Staatsform bevorzugen, sind zwei Drittel mit dem aktuellen Zustand der Demokratie nicht zufrieden (oder unsicher darüber). **40 Prozent glauben gar, dass Engagement und Beteiligung nichts bewirken würde und 48 Prozent, dass andere mehr Möglichkeiten hätten als sie selbst.** **„Dies sind alarmierende Befunde, und sie bieten einen Nährboden für Rechtspopulismus und Resignation“**, hob Lars Conrad hervor und erläuterte dazu: **„Viele haben einen Bruch mit der Wende erlebt. Sie waren zunächst enthusiastisch, machten dann aber die Erfahrung, sich nicht einbringen zu können und zogen sich resigniert ins Private zurück. Es besteht also die Herausforderung, ein inklusives, gemeinwohlorientiertes ‚Wir‘ herzustellen, bei dem jede und jeder das Gefühl hat, willkommen zu sein und sich beteiligen zu können.“**

Der Hohe Fläming ist eine Region in Brandenburg mit ca. 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Florian Görner leitet dort das Programm „Demokratie Hoher Fläming“, das Jugendbeteiligung sowie Aktivitäten gegen Rechtsextremismus fördert. Um Demokratie zu erleben, können die Jugendlichen jährlich über 20.000 Euro selbst entscheiden (die Gelder kommen vom Landkreis, dem Land Brandenburg und der Euro-

|||

„IN VIELEN
GEGENDEN DER
WELT IST DIE
QUALITÄT DER
INFRASTRUKTUR
IN LÄNDLICHEN
RÄUMEN SEHR
NIEDRIG.“

päischen Union). Jedes Jahr wird ein „Tag der Entscheidung“ veranstaltet, bei welchem die Jugendgruppen ihre Projekte vorstellen, dann direktdemokratisch abzustimmen. Sozialarbeiter und -arbeiterinnen unterstützen sie vorher im Prozess der Projekterarbeitung und auch bei der Umsetzung und Abwicklung. „Jugendliche aus Brück wollten eine Videowerkstatt eröffnen, in Golzow ist ein Skate- und Graffiti-Projekt entstanden und es wurden die Toiletten eines Jugendclubs saniert“, erzählt Florian Görner. „Die höheren Klassenstufen beteiligen sich etwas mehr, doch sie geben ihre Stimmen auch an die Projekte von jüngeren Teilnehmenden ab.“



Anschließend diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen verschiedene Fragen zum Thema Bürgerbeteiligung. **Wie lassen sich Menschen beispielsweise zu Engagement und Beteiligung einladen, besonders gesellschaftliche (Rand-)gruppen?** Dabei fehlte es nicht an Ideen: Versammlungen in den Nachbarschaften abhalten, Begegnung schaffen, diverse Angebote für verschiedene Zielgruppen kreieren, Treffen mit anderen Aktivitäten kombinieren (z. B. mit sozialen Angeboten oder einem Fest) oder Peer-to-Peer Ansätze nutzen. Darüber hinaus wäre die Schaffung von informellen, nicht primär politischen Räumen eine Möglichkeit, um Vertrauen zu schaffen und die Netzwerkbildung zu unterstützen. Weitere Ideen sind Extra-Angebote wie Übersetzung, Essen, Transport oder Kinderbetreuung sowie niedrigschwellige Angebote und die Nutzung von digitalen Medien. Eine schnelle Sichtbarkeit der Projekte würde ein Gefühl von der Wirksamkeit des Engagements erzeugen. Zuletzt dürften Spaß und Emotionen nicht fehlen.

Im nächsten Schritt ging es um „Failure-Prozesse“. **Wie kann Beteiligung „am besten“ zum Scheitern gebracht werden?** „Ein Beispiel dafür wäre, wenn die Beteiligung nicht wirksam ist oder unsichtbar bleibt und die Regierung eigentlich keinen richtigen Impact machen will bzw. die Beteiligung nicht richtig gewollt ist“, sagte einer der Teilnehmer. Dann fehlten auch meistens die Ressourcen und die Unterstützung für den Prozess. Doch auch wenn der Prozess zu bürokratisch, zu lang, zu kompliziert, intransparent, ohne Expertise oder an der Zielgruppe vorbei durchgeführt werde, könne er zum Scheitern verurteilt sein. Weitere Gründe wären Diskriminierungen oder exklusive Beteiligungsprozesse, Diskussionen ohne Lösungsorientierung oder bei denen das Ziel bereits zu Beginn fest steht. Zudem können schlechte Kommunikation, Fehlen von Empowerment oder eine zu klein aufgestellte Bürgerbewegung effektive Beteiligungsprozesse behindern.

Zuletzt ging es um die Frage, **was spezifische Herausforderungen für Beteiligung in der Stadt und auf dem Land sind.** „In vielen Gegenden der Welt ist die Qualität der Infrastruktur in ländlichen Räumen sehr niedrig; dadurch lässt sich hier im Vergleich zu den Städten gut beobachten, dass Beteiligung wirkt – Verbesserungen werden schnell sichtbar“, meinte eine Teilnehmerin. Ein anderer Teilnehmer ergänzte: „In ländlichen Räumen kennen sich die Menschen, haben eine stärkere Bindung zu der Region und sehen sich deshalb vielleicht eher als Teil einer Gemeinschaft als in den anonymen Städten. Dies sind starke Motivationsgründe, um an den Treffen teilzunehmen. Lokale Autoritäten und Multiplikatoren können zudem große Impulse setzen, indem sie die Menschen zur Teilnahme animieren.“ Andererseits könnten weite Wege und Transportmöglichkeiten zu den Treffen in ländlichen Gegenden auch einen Hinderungsgrund darstellen, was aber durch Internet-Kommunikation abgemildert werden könne.

4.3. Was wollt Ihr diskutieren? Jugendbeteiligung auf dem Land neu gedacht

WORKSHOP MIT KATJA STEPHAN (FACHSTELLE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG BRANDENBURG, POTSDAM) UND ROBERT ZÉPIC (TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN)

Robert Zépic forscht zum Thema Bürgerbeteiligung und Open Government bzw. Online-Beteiligung. Seine bisherigen Ergebnisse zeigen, dass in Deutschland ein allgemeines Interesse an Bürgerbeteiligung, prinzipiell auch durch das Internet. „Jedoch konnte trotz geschaffener Angebote bisher keine ausreichende Beteiligung an solchen Verfahren festgestellt werden. Es ist sogar eine gewisse Unlust zu beobachten“, erläuterte Zépic. Weitere Erhebungen zeigten, dass 92 Prozent der Befragten Bürgerbeteiligung positiv gegenüberstehen. Doch dies scheine nicht auszu-



reichen, um tatsächlich mehr Beteiligung zu erreichen. **Was steht also der politischen Partizipation an Bürgerhaushalten in Deutschland entgegen?** Robert Zépic wies auf andere Untersuchungen hin, die ergaben, dass Beteiligungsbarrieren vorherrschen: **„Die Möglichkeiten stehen den Menschen nicht vor Augen, es herrscht Unwissenheit oder die Verfahren bleiben unbekannt.“** Es bestehe der Handlungsbedarf, diversifizierte Angebote zu schaffen, denn oft blieben Angebote relativ unspezifisch ohne zielgruppenorientierte Zuordnung.

Auch die Teilnehmenden durften nach den Auftakt-Impulsen aktiv werden: Aufgabe war, mit Hilfe einer bestimmten Methode Ideen für ein Online-Portal und ergänzende Formen der Jugendbeteiligung zu sammeln. So formulierten die Teilnehmenden Ideen auf Karten, tauschten diese mit den Tischnachbarinnen und -nachbarn aus und kommentierten deren Vorschläge. Katja Stephan gab zusätzlich Impulse. Danach strukturierte die Gruppe die Ideen mit Hilfe des ‚Kano-Modells‘: Anhand von drei Kategorien ordneten sie die Ideen ein und entwickelten sie weiter.

Eine Idee war die Entwicklung einer (Web-)App mit gleichem Design und Wiedererkennungswert, die auf verschiedenen Geräten verfügbar genutzt werden könnte. Die Web-Tools könnten in verschiedenen (und bereits bestehenden) Kontexten nutzbar gemacht werden (z. B. Schule, Sport, Vereine). Hier ließen sich auch Multiplikatoren ausfindig machen (z. B. Jugendzentren) und persönliche Kontakte herstellen (z.B. durch die Kombination mit Freizeitveranstaltungen). Darüber hinaus gebe es Anregungen, Rollen- und Demokratiespiele auszuprobieren (z.B. „Wir bauen eine Stadt“) oder Jugendparlamente zu gründen. Dabei könne der Ansatz ‚von jungen Menschen/Jugendlichen für Jugendliche‘ einfließen.

Die Teilnehmenden waren sich am Ende einig, dass Niedrigschwelligkeit, Barrierefreiheit, Anerkennung und jugendliche Sprache wichtige Grundvoraussetzungen für alle Ideen darstellen.

4.4. Politik in die Pflicht!
Wie durch den Druck der
Zivilgesellschaft politische
Verbindlichkeit erzeugt
werden kann

EIN WORKSHOP MIT SERGE EMBACHER (BUNDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT)

Im Rahmen des Kooperationsprojekts Bürgerhaushalt wurde in den letzten zwei Jahren versucht, **die Bürgerhaushaltsidee mit anderen Formen der Bürgerbeteiligung**



IM SCHNITT SIND
IN DEUTSCHLAND
NUR EIN BIS DREI
PROZENT DER
BEVÖLKERUNG
DABEI, WENN
ES UM DIE
MITBESTIMMUNG
ÜBER KOMMUNALE
FINANZEN GEHT.

zu verbinden. Dies kann als Reaktion auf eine gewisse Ermüdung der Bürgerhaushaltsbewegung in Deutschland verstanden werden. Denn auch wenn die Idee des Bürgerhaushalts nach wie vor richtig sein mag, haben viele Kommunen ihren Bürgerhaushalt wieder beendet oder sind wenig erfolgreich damit. Erstaunlicherweise wurde die Verknüpfung von Bürgerhaushalten und anderen Beteiligungsformaten bislang kaum realisiert, obwohl inzwi-



ischen klar ist, dass in Städten wie Stuttgart, in denen diese Verknüpfung (seit den Protesten gegen „Stuttgart 21“ im Jahr 2010) stattgefunden hat, der Bürgerhaushalt mit besonders hohen Beteiligungsquoten (bis zu 20 Prozent) aufwartet.

Vor diesem Hintergrund diskutierten die Teilnehmenden in dem Panel, **wie Bürgerhaushalte die Bedeutung erlangen könnten, die ihnen politisch als Instrument der Vitalisierung von Demokratie zweifellos zustehen würde.** Auch wenn die Demokratie in Deutschland etwa 70 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik heute gut entwickelt ist – vor allem die demokratischen Verfahren (Wahlen, der Gang der Gesetzgebung, Gewaltenteilung, Garantie der Grundrechte) funktionieren im Grunde einwandfrei – sind dennoch in den letzten Jahren gewisse Ermüdungserscheinungen aufgetreten. Symptome wie geringe Wahlbeteiligung, Niedergang der Volksparteien oder Aufstieg des Rechtspopulismus belegen, dass sich mittlerweile eine Kluft zwischen dem Wahlvolk und den repräsentativen Instanzen (Parlament, Regierung) aufgetan hat. Ob diese Kluft *tatsächlich* vorhanden bzw. größer als früher ist, spielt dabei keine Rolle. Entscheidend ist, dass ein entsprechendes **Gefühl der Entfremdung** vorhanden ist, das ernst genommen werden sollte.

Diese Gemengelage hat zur Folge, dass seit einigen Jahren wieder verstärkt über Formen der Bürgerbeteiligung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie nachgedacht wird. Bürgerhaushalte stellen hierfür theoretisch ein vielversprechendes Format da. Doch zeigt sich (siehe oben), dass die Bewegung auf der Stelle tritt, was auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen ist. Der wichtigste ist sicherlich der häufig **fehlende politische Wille seitens der Kommune.** Es gilt als evident, dass ein Bürgerhaushalt nicht *gegen* Bürgermeisterei und Kommunalparlament Wirkung erzielen kann. Doch nützt es wenig, politische Unterstützung für den Bürgerhaushalt einzufordern, wenn diese dann nicht geleistet wird. Allzu häufig liegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger quer zu denen der demokratisch legitimierten Repräsentanten, die mit Verweis auf eben jene demokratische Legitimation jeden Beschluss aus einem Bürgerhaushaltsverfahren wieder „einkassieren“ können. Solche Entscheidungen gegen den mehrheitlich erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger führen fast immer zu Frustration und in der Folge zur Erlahmung der Beteiligungsneigung.

Darüber hinaus erweist sich die **Komplexität kommunaler Haushalte** als ungelöstes Problem. Schon in den Reihen der Kommunalpolitik selber ist dies ein Problem. Doch was sollen erst die Bürgerinnen und Bürger sagen, wenn schon die dafür Gewählten das komplizierte Zahlenwerk eines Kommunalhaushalts kaum verstehen? Damit ist ein weiteres Problem verbunden, nämlich die **Selektivität der Beteiligung** am Bürgerhaushalt. Im Schnitt sind in Deutschland nur ein bis drei Prozent der Bevölkerung dabei, wenn es um die Mitbestimmung über kommunale Finanzen geht. Diese kleine Gruppe steht nicht für die ganze Bevölkerung, sondern entstammt meist derselben sozialen Schicht in der Mitte der Gesellschaft (höhere Bildungsabschlüsse, materielle Sicherheit, Eloquenz und Interessenbewusstsein). Die große Menge der Menschen, die über



„ZUERST DÜRFEN
DIE BÜRGER
DISKUTIEREN UND
ENTSCHEIDEN,
DANN BEUGEN SICH
DIE VERWALTUNGS-
EXPERTEN ÜBER DIE
BESCHLÜSSE, MIT
DENEN SICH DANN
ABSCHLIESSEND
DAUMENHEBEND
ODER -SENKEND
DIE POLITIK
BESCHÄFTIGT.“

weniger ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital verfügt, bleibt außen vor, ja die meisten Menschen hier kennen noch nicht einmal das Instrument Bürgerhaushalt.

Ein weiterer Problempunkt besteht im oft viel zu **geringen Finanzvolumen** von Bürgerhaushalten. **Die Summen, über welche die Bürgerinnen und Bürger hier entscheiden dürfen, sind meist viel zu klein, um ernsthaften Beteiligungswillen zu erzeugen.** Schließlich leiden viele Bürgerhaushalte unter **mangelhafter Transparenz**. Die letzte Entscheidung findet oft hinter den verschlossenen Türen der politisch Verantwortlichen statt, so dass es sich insgesamt um einen „konsekutiven“ Entscheidungsprozess handelt. Zuerst dürfen die Bürger*innen diskutieren und entscheiden, dann beugen sich die Verwaltungsexperten*innen über die Beschlüsse, mit denen sich dann abschließend daumenhebend oder -senkend die Politik beschäftigt. **Gefragt wäre jedoch vielmehr ein Prozess, bei dem die Politik direkt mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in die Auseinandersetzung über haushalterische Schwerpunkte geht.**

Die Frage, die vor diesem Hintergrund in dem Panel diskutiert wurde, lautete, **was getan werden könnte, damit die repräsentative Politik in Parlament und Verwaltung Bürgerbeteiligung ernster nimmt als bisher. Wie ließe sich der politische Wille verändern bzw. der politische Druck erhöhen?** Diese Diskussion ist hierzulande bislang unterbelichtet. Die „verfasste“ Politik ist eher glücklich ohne Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte, weil diese Dinge Mühe machen und den eigenen Handlungsspielraum einschränken. Und die Impulse aus der aktiven Bürgerschaft waren bislang zu schwach, um die Politik ernsthaft in Zugzwang oder Bedrängnis zu bringen.

In der Folge trug die Gruppe einige Erfahrungen zusammen, die zeigten, dass viele der dargestellten Probleme im Zusammenhang mit Bürgerhaushalten häufig auftreten. So wurde der Bürgerhaushalt etwa in **Berlin-Lichtenberg** durch die damalige Bürgermeisterin Christina Emmrich (*Die Linke*, im Amt von 2001 bis 2011) stark gefördert. Beinahe alle Budgetposten des Bezirkshaushalts, die nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehörten, wurden per Bürgerhaushalt diskutiert. Unmittelbar nach der Amtszeit der Bürgermeisterin wurde der Bürgerhaushalt wieder stark zurückgefahren, worauf das Interesse stark zurückging, was die These von der notwendigen politischen Unterstützung belegt.

Unabhängig davon wurde in Lichtenberg aber auch die Erfahrung gemacht, dass partikulare Interessen beim Voting der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt standen. **Wenn Bürgerhaushalt bedeutet, dass jede*r „sein“ Projekt durch massive Mobilisierung durchzusetzen versucht, kann keine vernünftige Diskussion im Sinne des Gemeinwohls stattfinden.** Die Frage, wie man tatsächlich zu gemeinnützigen Entscheidungen im besten Sinne des Wortes kommen kann, ist nach wie vor offen.

Das Problem mangelhafter Repräsentativität bei Bürgerhaushalten wird auch aus **Lüneburg** bestätigt. Wenn sowohl die unteren Bevölkerungsschichten als auch die oberen (die „Happy Few“) nicht mitmachen, kann das Ganze nicht funktionieren bzw. wird der Bürgerhaushalt von den Repräsentanten der Kommune nicht ernst genommen. Zudem scheiterten Bürgerhaushalte meist an den etablierten politischen Parteien, die schlicht kein Interesse an mehr Bürgerbeteiligung hätten (siehe oben).

Am Beispiel von **Rumänien** wird noch ein anderes Problem diskutiert – nämlich die Frage, **wie mit der Herrschaft der Mehrheit und Minderheitenschutz rund um Bürgerhaushaltsentscheidungen umgegangen werden sollte.** Die Schwierigkeit besteht auch hier darin, dass der Bürgerhaushalt ein gewisses Maß an Bildung und Eloquenz seitens der Teilnehmenden erfordert, was die Frage aufwirft, wie sich Leute einbinden lassen, die tatsächlich wenig gebildet und damit von vorne herein benachteiligt sind.

Auch in **Moldova** gilt der Bürgerhaushalt als sensibles Thema. Viele Moldauer*innen lebten in der Diaspora über die ganze Welt verstreut, weil sie die schlechten Lebensverhältnisse hinter sich lassen wollten. Beim Bürgerhaushalt spielten die Exil-Moldawier*innen dennoch eine wichtige Rolle. Mittels Crowdfunding-Plattformen konnten sehr viele von ihnen dazu gebracht werden, Geld ins Heimatland zu schicken,

dass von NGOs eingesammelt werde. Bürgerhaushalt bedeutet jetzt, mit dem Geld in moldauischen Kommunen Aufgaben zu erfüllen und Probleme zu lösen, die die Kapazität der öffentlichen Hand – aus Gründen der grassierenden Korruption und oligarchischen Machtstrukturen – übersteigen. Somit finanzierten die Menschen selbst Aufgaben des Staates, was zwar nicht unbedingt im Sinne der Erfindung Bürgerhaushalt, aber dennoch sehr effektiv und hilfreich sei.

In **Tunesien**, ein anderes Beispiel aus der Panel-Diskussion, wo Bürgerhaushalte mittlerweile Verfassungsrang genießen, wird mit der Versuchung seitens des Staates und mächtiger gesellschaftlicher Gruppen gekämpft, auf Bürgerhaushaltsentscheidungen Einfluss zu nehmen. **Das Gegenmittel gegen solche Einflussnahme bestehe hier darin, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen einer Teilnahme am Bürgerhaushalt zu überzeugen und für Sachfragen zu sensibilisieren, damit Ideologisierung und illegitime Einflussnahme verhindert oder möglichst weit zurückgedrängt wird.**

In Kleingruppen wurde das Gespräch fortgesetzt, aus dem abschließend einige Punkte zusammengetragen wurden.

Für die künftige Entwicklung wichtig wäre

- › *die Setzung oder Verabschiedung von Richtlinien durch die zuständigen Parlamente,*
- › *eine Forcierung politischer Bildung und Information,*
- › *mehr Unterstützung durch Kommunalverwaltungen, ohne die ein Bürgerhaushalt nicht funktionieren kann,*
- › *die Förderung des Bürgerbewusstseins, dass sich im Rahmen von Bürgerhaushalten Gemeinwohlinteressen besser vertreten lassen,*
- › *eine weitgehende Einebnung der Hierarchie zwischen den gewählten Repräsentanten und den engagierten Bürgerinnen,*
- › *eine tragfähige Verbindung des Bürgerhaushalts mit den Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen,*
- › *es, nicht nur Straßenbau oder Infrastruktur, sondern auch Umweltverschmutzung und Korruptionsbekämpfung zum Gegenstand von Bürgerhaushaltsverfahren zu machen,*
- › *deutlicher zu machen, welche finanziellen Spielräume Kommunen eigentlich haben,*
- › *schließlich eine grundlegende Debatte über die Aufteilung kommunaler Budgets.*

Fazit: Die politische Lage rund um Bürgerhaushalte bleibt – nicht nur in Deutschland – ungewiss. Ob sich Bürgerhaushalte dauerhaft etablieren oder wieder von der politischen Bildfläche verschwinden, ist fraglich. Letztlich hängt es von der Frage nach den politischen Rahmenbedingungen und vom politischen Druck aus der Zivilgesellschaft ab.

DIALOG-WORKSHOP MIT CHARLOTTE FOUILLET (CENTRE MARC BLOCH BERLIN, UNIVERSITÉ PARIS VIII, CRESPPA- CSU) UND CARSTEN HERZBERG (NEXUS INSTITUT BERLIN)



In dem Workshop ging es um die Frage, wie Bürgerhaushalte in größeren Städten mit einer hohen Diversität organisiert werden könnten. In Paris regiert seit 2014 Anne Hidalgo (Parti Socialiste) als Bürgermeisterin. „Seitdem setzt die Stadt auf erhöhte Transparenz, mehr Demokratie und Effizienz der Verwaltung. Auch ein Bürgerhaushalt wurde eingeführt“, erläutert Charlotte Fouillet den Kontext. Ganz neu war die Idee allerdings nicht: Seit 2002 gibt es *Liberal Councils* in den Stadtteilen, die nun auch beim Bürgerhaushalt eine wichtige Rolle spielen.

Der Bürgerhaushalt in Paris beträgt fünf Prozent des Investment-Budgets und ein Prozent des Gesamtbudgets von Paris. Es gibt 21 Stadtteil-Budgets und eines, welches das gesamte Stadtgebiet umfasst. Auf einer Online-Plattform können alle Projekte eingesehen werden. Nachdem Bürgerinnen und Bürger ihre Projektideen eingebracht haben und die Verwaltung die technische Machbarkeit geprüft hat, **werden einige der Ideengeberinnen und -geber zu öffentlichen Diskussionen eingeladen. Hier werden ggf. ähnliche Projekte gebündelt, Erfahrungen ausgetauscht und persönliche Gespräche geführt.** Auch die Verwaltung stehe für Informationen bzw. Fragen bereit. Anschließend bekommt die Politik die Projekte und kann ggf. noch selektieren, ob ein Projekt zur öffentlichen Abstimmung freigegeben wird oder nicht. Im Rahmen einer Kampagnenzeit können die Pariser Bürgerinnen und Bürger für eines von vier Projekten in jedem Stadtteil abstimmen, ehe Ende des Jahres die Entscheidung getroffen wird.

Im Jahr 2015 wurden mehr als 5.000 Projekte eingereicht, wobei die Zahl in den Jahren danach stetig gesunken ist. „Parallel ist aber ein Anstieg der abgegebenen Stimmen zu verzeichnen, genauso wie eine erhöhte Qualität der Projekte“, legt Charlotte Fouillet dar. In den ersten Jahren seien primär Projektvorschläge für mehr Grünflächen eingereicht worden. Heute seien die Projekte vielfältiger. Zuletzt sei die Zahl der Projekte, die durch **Gruppen und in Zusammenarbeit mit NGOs** eingebracht werden, gestiegen.

Eine NGO-Vertreterin aus Paris ergänzte, dass eine Online-Karte mit allen Initiativen die Sichtbarkeit der Projekte erhöhe und damit zur Idee des Bürgerhaushaltes beitrage. **Die größte Herausforderung sei jedoch, eine breitere und vielseitigere Masse an Teilnehmenden und Interessierten anzusprechen;** oft seien die aktiven Bürgerinnen und Bürger ohnehin schon politisch oder zivilgesellschaftlich aktiv. **„Wir wollen zukünftig noch mehr Anreize schaffen, um diverse Zielgruppen zu aktivieren“**, betont sie.

Hendrikje Klein, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, berichtete von ihren Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt von Lichtenberg: „Die Menschen unterscheiden oft nicht nach Zuständigkeiten zwischen Bund, Land oder Bezirk und erwarten stattdessen ‚einfache Lösungen‘“. Berlin sei eine Stadt mit einer aktiven und starken Zivilgesellschaft; die Verwaltung sei hingegen eher undynamisch – vor allem vor dem Hintergrund der vielen Haushaltskürzungen, welche die Stadt hinter sich hat. Hendrikje Klein wies darauf hin, wie wichtig eine gute und flüssige Kommunikation mit der Zivilgesellschaft sei. **„Partizipative Prozesse benötigen Zeit, um Menschen auf verschiedene Arten verständlich anzusprechen.“** Dies beinhalte auch Gespräche auf der Straße, bei öffentlichen Veranstaltungen, die Organisation von formellen Workshops, aber auch die Unterstützung informeller Kommunikations- und Diskussionsprozesse. Hierbei dürfe aber nicht unterschätzt werden, dass alle Menschen unterschiedliche Präferenzen, Bedarfe und Interessen hätten.



„DIE MENSCHEN
UNTERSCHIEDEN
OFT NICHT NACH
ZUSTÄNDIGKEITEN
ZWISCHEN BUND,
LAND ODER BEZIRK
UND ERWARTEN
STATTDESSEN
,EINFACHE
LÖSUNGEN‘.“

4.6. Was können andere
Beteiligungsformen vom
Bürgerhaushalt lernen?

**ZUKUNFTSWERKSTATT MIT VOLKER
VORWERK (BUERGERWISSEN.DE)**



Volker Vorwerk arbeitet seit über zehn Jahren zu Bürgerhaushalten in Deutschland. Gleich zu Anfang führte er den Begriff „Partizipatives Budget“ (PB) ein. „Bei einem partizipativen Budget ist eine bestimmte finanzielle Summe für Projekte und Ideen der Bürgerschaft vorgesehen. Bei Bürgerhaushalten ist es dagegen offen, was finanziell zur Verfügung steht und was umgesetzt werden kann“, erklärt er. Das PB weise große Erfolge im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung auf; teilweise mit Beteiligungsquoten von mehr als 20 Prozent. **Was lässt sich also von erfolgreichen PBs lernen?** In Deutschland entwickelten sich die ersten Bürgerhaushalte in den 90er-Jahren, erst später kamen sogenannte Quartiers- oder Kiezfonds dazu. Ab 2009 entwickelten sich erste Ansätze des Bürgerbudgets, die eine große Verbreitung und Vielfalt erfuhren, während das Interesse an Bürgerhaushalten sank.

Die Teilnehmenden diskutierten anschließend über **Kritikpunkte, Visionen und reale Implementierungsmöglichkeiten von Bürgerbeteiligung**, vor allem für die PBs. Zunächst ging es um Kritik an bestehenden Ansätzen und Erfahrungen: Häufig komme es vor, dass den Bürgerinnen und Bürgern die relevanten Informationen über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten fehlen. Ein hoher Zeitaufwand, umständliche Verfahren oder komplizierte Regelungen könnten die Beteiligung zudem erschweren. „Dies kann dazu führen, dass sich immer nur die gleichen Menschen einbringen“, bemerkt ein Teilnehmer. Neben der Gefahr des Machtmissbrauchs durch die Bedienung von Partikularinteressen bestehe in diesem Fall ebenfalls die Tendenz, dass Randgruppen und ihre Interessen vernachlässigt bzw. zu wenig aktiviert und angesprochen werden.

Um eine stärkere repräsentative Beteiligung zu erreichen, sei eine differenzierte Nutzung von Sprache und (auch digitalen) Kommunikationsmitteln besonders wichtig. Die Zugänglichkeit der Treffen sollte erleichtert werden, etwa durch Kinderbetreuung. Zudem könnten bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen stärker involviert werden, um die Menschen vor Ort einzubinden. „Hier könnten auch Multiplikatoren, Engagierte oder Mediatoren gewonnen werden“, ergänzte eine Teilnehmerin. Die bestehenden Kompetenzen der Bürgerschaft könnten ebenfalls aktiviert und eingebunden werden (ggf. auch bei Projekten, falls Finanzmittel fehlten). Weiterbildungsangebote könnten weitere fachliche Expertise vermitteln und die Menschen dazu ermächtigen, Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Wenn die Verbindlichkeit der Ergebnisse und die Rahmenbedingungen der Umsetzung nicht klar sei, könnten sich einige Partizipationsangebote am Ende als Schein-Beteiligung entpuppen. Dann könne ein Trialog zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft nicht entstehen. Auch der Rückmeldung der Verwaltung über den Verbleib der Vorschläge werde häufig zu wenig Bedeutung eingeräumt. Genauso könnten Kostenaufstellungen von Projekten sowie rechtliche und zeitliche Rahmenbedingungen transparenter vermittelt und Leitlinien und planbare Strukturen geschaffen werden. Dafür müssten der Politik die Vorteile einer Zusammenarbeit näher gebracht werden, um Machtkämpfen vorzubeugen.



CONNECTIVE CITIES: INTERAKTIVER PRAXISAUSTAUSCH ZUM BÜRGERHAUSHALT

Gute Praktiken und kollegiale Beratung mit Beispielen aus Helsinki (Finnland), Kiev (Ukraine), Berlin-Lichtenberg (Deutschland) und Sosnitsya (Ukraine). Moderation: Benjamin Jeromin (Connective Cities)



Im Rahmen der Tagung gestaltete Connective Cities eine Peer Learning Session, in der vier gute Praxisbeispiele vorgestellt und drei konkrete Herausforderungen im Modus kollegialer Beratung erörtert wurden. Andrii Portny (Bürgermeister von Sosnitsya) berichtete, wie der Bürgerhaushalt dazu beiträgt, die Beziehung zwischen Staat und Bürger*innen nachhaltig zu verbessern. Dies bestätigte Serhiy Loboyko vom Center for Innovations Development in Kiev. Immer mehr ukrainische Städte nutzten dieses Instrument der Bürgerbeteiligung, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Eine Herausforderung dabei sei, die Verwaltung von der Umsetzbarkeit der partizipativ entworfenen Vorschläge zu überzeugen.

Eine weitere Herausforderung beleuchtete Kirsi Verkka aus Helsinki (Finnland): „**Häufig falle es Bürgerinnen und Bürgern schwer, Ideen für die Kommune zu finden und zu artikulieren.**“ Das ‚OmaStadi participatory budgeting game‘ verfolgt angesichts dieser Diagnose einen **Gaming-Ansatz**, um Bürgerinnen und Bürgern aller Alters- und Gesellschaftsgruppen eine Teilhabe an der Formulierung des Bürgerhaushalts zu ermöglichen. „Es ist benutzerfreundlich und leicht zugänglich“, erklärte sie. Vorher fanden Testrunden mit bestimmten Zielgruppen statt – z. B. mit Müttern, Menschen mit Migrationsbiografie, mit Behinderung oder ohne Schulabschluss –, um sicherzustellen, dass der Zugang einfach genug ist. Zugleich nutzt die Stadt das Spiel als Marketing-Instrument. Eine Teilnehmerin zeigte sich beeindruckt von dem Ansatz: „Wir konnten erkennen, wie die unterschiedlichen Zielgruppen interaktiv eingebunden werden. Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Motivation, und es wurden verschiedene Terminologien verwendet. Ein wirklich systemischer Ansatz ist ganz wesentlich, um Nachhaltigkeit zu erreichen.“

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg gilt als Vorreiter bei der Umsetzung von Bürgerhaushalten. Hier werden sie seit dem Jahr 2005 umgesetzt. Dass man hierbei jedoch auch auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen reagieren muss, illustrierten Silvia Gröber und Lilia Lengert anhand des Beispiels der systemischen Anpassungen im Bürgerhaushalt Lichtenberg. Hier wurde der Verfahrensablauf an die Bedürfnisse der Dialogpartner*innen angepasst, u. a. durch die unterjährige Bearbeitung von Vorschlägen.

In der anschließenden **kollegialen Beratung** holten die Teilnehmenden die Meinungen und Ratschläge anderer Expertinnen und Experten zu konkreten Fragen ein.

**Connective Cities ist ein Kooperationsprojekt zwischen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Deutschen Städtetag und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gefördert. Die Plattform moderiert den Austausch unter Praktikern*innen zu Themen und Herausforderungen der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dies geschieht beispielsweise über Dialoge, Workshops, Expertenpools, Einsätze von Experten*innen, Durchführung von Studien oder auch kollegiale Beratung. Über die SKEW gibt es die Möglichkeit, entsprechende Vorhaben zu finanzieren (<https://www.connective-cities.net/>).*

OPEN-SPACE-DIALOG ZUR STRATEGISCHEN NEUAUSRICHTUNG DES NETZWERKS (LARS STEPNIAK, SPRECHER DER AG STRATEGIE DES NETZWERKS BÜRGERHAUSHALT)



Bereits vor der Netzwerktagung hatte sich die „Arbeitsgruppe Strategie“ zusammengefunden, um in mehreren Treffen ein Diskussionspapier zu erarbeiten. Bei dem jetzigen Zusammentreffen erfolgte zunächst eine kurze, inhaltliche Bestandsaufnahme des Netzwerks und anschließend die Erarbeitung von Leitpunkten für eine strategische Neuausrichtung sowie von Perspektiven für die künftige Netzwerkarbeit.

Die Veranstaltung verdeutlichte noch einmal, dass das Netzwerk „Bürgerhaushalt“ in erster Linie eine **Plattform des Austausches** ist. Die Parallelen und Schnittmengen zum Netzwerk „Bürgerbeteiligung“ wurden dabei zur Kenntnis genommen. Eine Öffnung des Netzwerks für andere Formate der Bürgerbeteiligung würde allerdings bedeuten, dass das Thema „Bürgerhaushalt“ nachgeordnet und nicht mehr maßgeblich ist. Das Netzwerk „Bürgerhaushalt“ sei jedoch ungemein wichtig, da hier explizit der **fachliche Austausch** stattfindet.

Ungeachtet dessen seien **Kooperationen mit anderen Organisationen** aufzubauen. Hierunter könnte ein Verlängern der Konferenz „Bürgerbeteiligung“ um einen „Bürgerhaushaltstag“ denkbar sein. Im internationalen Kontext soll vor allem der **Austausch zu budgetorientierten Bürgerhaushalten** gefördert werden, da dieser Ansatz im Ausland weit verbreitet ist. In nächster Zeit sollen thematisch die Schwerpunkte **„Jugendbereich im internationalen Fokus“**, **„ländliche Räume und dörfliche Strukturen“** sowie die aktuelle Entwicklung **„von der Gesamtstadt in den Kiez“** beleuchtet werden.

Unterjährig sollen **Workshops** angeboten werden und sich **Arbeitsgruppen** zusammenfinden. Es soll themenspezifisch zu Problemstellungen aus dem Netzwerk gearbeitet werden, wozu punktuell auch ausländische Akteure eingeladen werden. Die Ergebnisse könnten als „Opener“ auf den Tagungen präsentiert werden.

Weiterhin soll **nach außen sichtbar** gearbeitet und gegebenenfalls ein **Mission Statement** (Organisationsleitbild) erarbeitet werden. Eines der drängendsten Projekte ist die **Überarbeitung der Webseite**. Sie sollte bedarfsgerecht (z. B. für Interessierte, für Verwaltungen etc.) aufgebaut sein und mehr Informationen bereitstellen. Die Sammlung der Verfahren soll aktualisiert werden – vor allem durch das dezentrale Wissen der Netzwerkmitglieder. Darüber hinaus ist es beabsichtigt, eine englischsprachige Version der Webseite zu erstellen.

Abschließend wurde noch ein möglicher finanzieller Mitgliederbeitrag für das Netzwerk diskutiert. Dies kann jedoch sowohl ein verbindendes als auch ein ausschließendes Element darstellen. Nicht zuletzt bedarf das Netzwerk einer **Koordination in Form einer Person**, eine Geschäftsstelle wäre jedoch entbehrlich.

Als Schlussbemerkung blieb festzuhalten, dass das Netzwerk „Bürgerhaushalt“ ausgesprochen lebendig ist und mit Begeisterung nach vorne schaut. Mit diesem Schwung wollen sich alle an der Fort- und Weiterentwicklung des Netzwerkes beteiligen.

5. Bilanz und Ausblick



Eine der zentralen Fragen der Konferenz bezog sich auf die Mobilisierung und Aktivierung von diversen gesellschaftlichen Gruppen. Wie lassen sich die Menschen erreichen? Wie lassen sie sich beteiligen, und wann fühlen sie sich beteiligt? Die klassischen Wege, so das Fazit, scheinen nicht ausreichend zu sein. Gründe gibt es viele: Das Bewusstsein müsse sich erst ändern, es bestehe zu wenig Vertrauen in die demokratischen Institutionen, es herrsche Unwissenheit und viele Menschen glaubten, dass ihr Engagement nichts bewirke. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung, verschiedene zielgruppenspezifische Angebote zu schaffen und in moderne Öffentlichkeitsarbeit zu investieren. Politische Bildung könne ebenfalls ein wichtiger Faktor sein.

Trotz aller Kritik und Skepsis hinsichtlich der Bereitschaft der Politik zu „echter“ Bürgerbeteiligung zeigte sich auf der Konferenz, dass zahlreiche Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Politik bzw. Verwaltung existieren oder angestrebt werden. In den meisten Fällen hat die Zivilgesellschaft wichtige Vorarbeiten geleistet, politischen Druck erzeugt und den Weg geebnet, damit Bürgerhaushalte initiiert werden konnten. Die Rolle der Zivilgesellschaft ist und bleibt beim Thema Bürgerhaushalt also zentral. Die Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft erweist sich somit als Schlüsselfaktor.

Weltweit existieren rund 15.000 Bürgerhaushalte. Auch auf dieser Konferenz ließ sich spüren, dass es sich um eine weltweite Bewegung handelt. Doch was verbindet alle miteinander? Diese Frage war Gegenstand der abschließenden Podiumsdiskussion. Rafael Toribio fasste klar und deutlich zusammen: **„Unser gemeinsames Ziel ist es, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die repräsentative Demokratie um weitere Möglichkeiten der Partizipation ergänzt, die auch rechtlich verankert werden sollten.“** Daran knüpfte auch Kamel Louhichi an: „Die repräsentative Demokratie alleine ist nicht genug. Wir sind gerade dabei festzustellen, dass auch Demokratien autoritäre Züge tragen können. **Auch Demokratien sollten deshalb weiter demokratisiert werden. Dies kann auch vor Populismus schützen. Wenn uns das gelingt, dann haben wir zukünftigen Generationen viel zu bieten.**“ Norbert Kersting wies darauf hin, dass es sich über den Tellerrand zu schauen lohne: **„Viele der heutigen demokratischen Innovationen kommen aus allen Teilen der Welt – das beste Beispiel ist der Bürgerhaushalt. Wir können alle voneinander lernen.“** Andrii Portny hob die entstandene Sichtbarkeit der globalen Dimension hervor, welche es ermögliche, die Demokratie in den eigenen Kontexten besser zu verstehen. **„Demokratie ist ein Prozess, an dem wir alle beteiligt sind, und diese Konferenz gehörte zur gemeinsamen Suche dazu.“**

INTERNATIONALE KONFERENZ DES NETZWERK BÜRGERHAUSHALT AM 26. UND 27.11.2018 IN DER **KALKSCHEUNE** BERLIN

MODERATION: ANITA HÜSEMANN UND ALEXANDER THAMM

AUFTAKT AM SONNTAG, DEM 25.11.2018

- 18.00** Empfang im Café Einstein, Abendessen
19.00 Dinner Speech – Konrad Hummel

PROGRAMM AM MONTAG, DEM 26.11.2018

- 8.30** Ankunft und Registrierung
9.30 Begrüßung und Eröffnung
SAWSAN CHEBLI, BERLINER STAATSEKRETÄRIN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT UND INTERNATIONALES
- 9.45** Einführung in die Konferenz
VORSTELLUNG DES ENTWICKLUNGSZUSAMMENHANGS DER TAGUNGSINHALTE.
ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN, ABLAUF UND FORMATE
- 10.00** Die aktive Bürgerschaft als Illusion!? – Ein internationaler Dialog mit...
KIRA BELGHUITH, HAUPTVERANTWORTLICHE GENERALEKRETÄRIN FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG DES GOUVERNEMENTS, ARIANA - TUNESIEN
KAMEL LOUHICHI, HAUPTVERANTWORTLICHER GENERALEKRETÄR FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG DES GOUVERNEMENTS, BEN AROUS - TUNESIEN
PROF. DR. NORBERT KERSTING, UNIVERSITÄT MÜNSTER - DEUTSCHLAND
PROF. DR. RAFAEL TORIBIO, UNIVERSITÄT INTEC SANTO DOMINGO - DOMINIKANISCHE REPUBLIK
PROF. DR. CLÓVIS ZIMMERMANN, UNIVERSITÄT BAHIA IN SALVADOR – BRASILIEN
KONRAD HUMMEL, GESCHÄFTSFÜHRER DER MANNHEIMER WOHN- UND STADTENTWICK-
LUNGSGESELLSCHAFT MWSP – DEUTSCHLAND
...MODERIERT VON ANITA HÜSEMANN UND ALEXANDER THAMM
- 11.30** Schwerpunkt I: Tunesien nach dem arabischen Frühling – Im Gespräch mit
Kira Belghuith und Kamel Louhichi
VERANTWORTLICHE FÜR BÜRGERBETEILIGUNG DER GOUVERNEMENTS ARIANA UND BEN
AROUS AUS TUNESIEN
- 12.15** Mittagessen
- 13.15** Schwerpunkt II: Pragmatische Demokratie und Formalisierung informeller Prakti-
ken – Ein Interview mit Rafael Toribio zu Beispielen aus Lateinamerika
UNIVERSITÄT INTEC SANTO DOMINGO, DOMINIKANISCHE REPUBLIK
- 14.00** Freie Diskussion mit Café
- 14.15** Workshops – Phase I
Bürgerbudget – der bessere Bürgerhaushalt? Ein deutsch-polnischer Vergleich
DIALOG-WORKSHOP VON PROF. DR. PAWEŁ KAROLEWSKI (WILLY BRANDT ZENTRUM / UNIWER-
SYTET WROCŁAWSKI) UND DR. CARSTEN HERZBERG (NEXUS INSTITUT BERLIN)
Demokratie und Beteiligung – Ein Bruch zwischen Stadt und Land?
INFO-WORKSHOP VON FLORIAN GÖRNER (PROJEKTLIEFER „DU HAST DEN HUT AUF“ / JUGEND-
BETEILIGUNG IM HOHEN FLÄMING) UND LARS CONRAD (WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER
DES FORSCHUNGSPROGRAMMS DER ALICE SALOMON HOCHSCHULE BERLIN / „DEMOKRA-
TIE-NÄHE UND -FERNE AM BEISPIEL VON MARZAHN-HELLERSDORF)

Was wollt **Ihr** diskutieren? Jugendbeteiligung auf dem Land neu gedacht
WORKSHOP MIT THOMAS KROPP (FACHSTELLE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG BRANDENBURG,
POTSDAM) UND ROBERT ZÉPIC (TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN)

Politik in die Pflicht! Wie durch den Druck der Zivilgesellschaft politische Verbind-
lichkeit erzeugt werden kann
WORKSHOP MIT DR. SERGE EMBACHER

16.15 Gemeinsame Breakout Session: Spaziergang über die Berliner Museumsinsel

17.00 Ende des ersten Tags

PROGRAMM AM DIENSTAG, DEM 27.11.2018

9.00 Begrüßung und Zwischenfazit, Einführung in den Tag

9.30 Schwerpunkt III: Bürgerhaushalt im ländlichen Raum – Ein Gespräch mit Andrii
Portny Bürgermeister von Sosnitsya, Ukraine

10.15 Freie Diskussion mit Café

10.30 Workshops – Phase II

Berlin trifft Paris – Zwei Riesen im Gespräch über den Bürgerhaushalt
DIALOG-WORKSHOP MIT CHARLOTTE FOUILLET (CENTRE MARC BLOCH BERLIN, UNIVERSITÉ
PARIS VIII, CRESPPA- CSU) UND DR. CARSTEN HERZBERG (NEXUS INSTITUT BERLIN)

Was können andere Beteiligungsformen vom Bürgerhaushalt lernen?
Zukunftswerkstatt mit Volker Vorwerk (buergerwissen.de)

Connective Cities: Interaktiver Praxisaustausch zum Bürgerhaushalt
GUTE PRAKTIKEN UND KOLLEGIALE BERATUNG MIT BEISPIELEN AUS HELSINKI (FINNLAND),
KIEW (UKRAINE), BERLIN – LICHTENBERG (DEUTSCHLAND) UND SOSNITSYA (UKRAINE).
MODERATION: BENJAMIN JEROMIN (CONNECTIVE CITIES)

Fragen und Antworten aus dem Netzwerk Bürgerhaushalt

Open-Space-Dialog zur strategischen Neuausrichtung des Netzwerks
(LARS STEPNIAK, SPRECHER DER AG STRATEGIE DES NETZWERKS BÜRGERHAUSHALT)

13.00 Mittagspause

14.00 Zusammentragen ausgewählter Ergebnisse aus beiden Workshop-Phasen

14.15 Drei Regionen im Dialog

KIRA BELGHUITH, HAUPTVERANTWORTLICHE GENERALSEKRETÄRIN FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG DES GOUVERNEMENTS ARIANA – TUNESIEN

KAMEL LOUHICHI, HAUPTVERANTWORTLICHER GENERALSEKRETÄR FÜR
BÜRGERBETEILIGUNG DES GOUVERNEMENTS BEN AROUS – TUNESIEN

RAFAEL TORIBIO, UNIVERSITÄT INTEC SANTO DOMINGO – DOMINIKANISCHE REPUBLIK

ANDRII PORTNY, BÜRGERMEISTER VON SOSNITSYA – UKRAINE

15.15 Bilanz und Ausblick - Wie geht es weiter im nächsten Jahr?

Ein Kooperationsprojekt von

Bundeszentrale für politische Bildung
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86
53113 Bonn
Telefon +49 228 99 515 – 0
info@bpb.de
www.bpb.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement

Geschäftsstelle gemeinnützige GmbH

Michaelkirchstr. 17–18
10179 Berlin-Mitte
Telefon +49 30 62 98 01 10
Telefax +49 30 62 98 01 51
info@b-b-e.de
www.b-b-e.de

Inhaltlich verantwortlich:

Bundeszentrale für politische Bildung, Svetlana Alenitskaya
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, Kurt-Michael Baudach
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Serge Embacher

Projektleitung

Dr. Serge Embacher

Texte

Eva Roeder im Auftrag des BBE

Redaktion

Dominik Schlotter

Fotos

Ulrich Wessollek

Die Inhalte des Herausgebers entsprechen nicht unbedingt den
Ansichten des BMZ.

März 2019